

Leipzig hebt die letzten Sanierungssatzungen auf

Die Stadt Leipzig plant, die letzten zwei Sanierungssatzungen im März 2024 aufzuheben, was das Ende eines wichtigen Kapitels der Stadterneuerungsgeschichte der Stadt markieren würde. Seit den 1990er Jahren wurden insgesamt 214 Millionen Euro Sanierungsfördermittel in 15 Fördergebiete investiert, um den Verfall von Straßen, öffentlichen Gebäuden und Grünflächen zu bekämpfen. Oberbürgermeister Burkhard Jung hat dies auf Vorschlag von Baubürgermeister Thomas Dienberg in die Wege geleitet. Die amtierende Leiterin des Amtes für Wohnungsbau und Stadterneuerung, Heike Will, betont, dass die Stadterneuerung maßgeblich dazu beigetragen hat, dass Leipzig heute eine prosperierende Großstadt ist. Im Fördergebiet „Innerer Süden“ wurden insgesamt 32,5 Millionen Euro investiert, …

Die Stadt Leipzig plant, die letzten zwei Sanierungssatzungen im März 2024 aufzuheben, was das Ende eines wichtigen Kapitels der Stadterneuerungsgeschichte der Stadt markieren würde. Seit den 1990er Jahren wurden insgesamt 214 Millionen Euro Sanierungsfördermittel in 15 Fördergebiete investiert, um den Verfall von Straßen, öffentlichen Gebäuden und Grünflächen zu bekämpfen. Oberbürgermeister Burkhard Jung hat dies auf Vorschlag von Baubürgermeister Thomas Dienberg in die Wege geleitet. Die amtierende Leiterin des Amtes für Wohnungsbau und Stadterneuerung, Heike Will, betont, dass die Stadterneuerung maßgeblich dazu beigetragen hat, dass Leipzig heute eine prosperierende Großstadt ist.

Im Fördergebiet „Innerer Süden“ wurden insgesamt 32,5

Millionen Euro investiert, um die historische Identität des Stadtteils zu bewahren, die Bildung zu stärken und wirtschaftliche sowie kulturelle Impulse zu setzen. Die Sanierung der Peterskirche und des Evangelischen Schulzentrums trugen maßgeblich dazu bei. Im Fördergebiet „Leipzig-Gohlis“ wurden knapp 32 Millionen Euro verwendet, um den Gohliser Stadtplatz neu zu gestalten, Straßen umzugestalten und Gebäude zu sanieren. Zudem wurden gewerbliche Brachen freigelegt und für neue Nutzungen vorbereitet.

Nach den Regelungen des Baugesetzbuches müssen die Grundstückseigentümer spätestens nach Aufhebung der Satzung Ausgleichsbeträge für die sanierungsbedingten Bodenwerterhöhungen zahlen. In Leipzig wurden Anreize geschaffen, so dass 75 Prozent aller Grundstückseigentümer vorzeitig ihren Ausgleichsbetrag bezahlt haben. Die so erschlossenen Finanzmittel konnten zu weiten Teilen noch in die Gebiete investiert werden.

Die geordnete städtebauliche Entwicklung in den Quartieren kann künftig auch ohne den Status als Sanierungsgebiet gewährleistet werden. Das bedeutet, dass die Lebensqualität gesteigert, bauliche Missstände beseitigt und die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt insgesamt gefördert werden kann. Die Aufhebung der letzten zwei Sanierungssatzungen markiert somit einen wichtigen Meilenstein in der Stadterneuerung Leipzigs.

Quelle: www.leipzig.de

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de